

GESELLSCHAFT

Spannungen in slowakisch ungarischen Beziehungen gestiegen

Die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen der Slowakei und Ungarn, die in den letzten zwei Jahren permanent gespannt sind, haben sich noch mehr verschlechtert. Seit dem Amtsantritt der jetzigen Regierungskoalition sind diese Beziehungen ständig problematisch und durch gegenseitige Anschuldigungen und Misstrauen zwischen den Regierungen in Bratislava und Budapest gekennzeichnet.

Problematisches Treffen beim Abgeordnetenforum des Karpatenbeckens

Ein Auslöser jetziger Spannungen in den slowakisch ungarischen Beziehungen war die Teilnahme von Abgeordneten der Oppositionspartei SMK am Abgeordnetenforum des Karpatenbeckens. Das Forum ist bereits seit einigen Jahren tätig, Mitglieder sind Vertreter ungarischer Minderheiten in den Ländern der Region (einschließlich der SMK) sowie Vertreter der in Ungarn tätigen politischen Parteien.

Die slowakische Diplomatie äußerte über das Treffen des Forums Beunruhigung (siehe weiter). Der Vorsitzende der regierenden SNS Ján Slota, bekannt durch seine ungarnefeindlichen Standpunkte ging noch weiter: Dieses Forum mische sich laut Slota in die inneren Angelegenheiten der Slowakei ein und sein Ziel sei die Wiederentstehung von Großungarn. Laut Slota verfolge somit Budapest die Politik des „groß ungarischen Chauvinismus“. Die SMK bestätigte die Teilnahme fast aller Parlamentsabgeordneten am Forum. Sie bestritt jedoch, dass dort über die „Neubelebung Großungarns“ beraten wurde.

Der Premier meint, die ungarische Regierung provoziere

Die ungarische Außenministerin Kinga Göncz verlangte vom Botschafter der Slowakei eine Erklärung für einige Schritte der slowakischen Seite in den vergangenen Wochen. Die Chefin der ungarischen Diplomatie kritisierte die angebliche Diskriminierung von Schülern mit ungarischer Unterrichtssprache beim Zugang zu EU-Fonds, das Weglassen ungarischer geografischer Bezeichnungen in Lehrbüchern für Grundschulen mit ungarischer Unterrichtssprache sowie Angriffe auf die SMK wegen der Teilnahme ihrer Mandatäre am Abgeordnetenforum des Karpatenbeckens.

ÜBERSICHT

GESELLSCHAFT

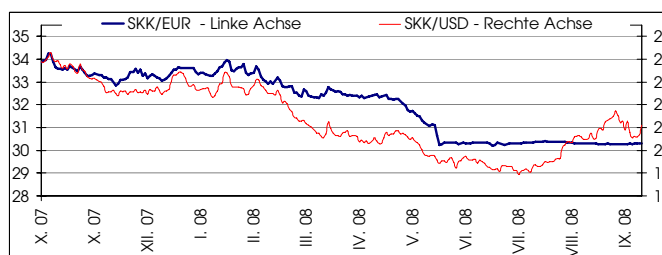
- Spannungen in slowakisch ungarischen Beziehungen gestiegen.....1
- Würdelose Parlamentssitzung2
- Ivan Lexa erneut als Gewinner.....2
- Verschlechterte Note aus Demokratie.....2
- Besorgnis der Bürger über Rückgang des Lebensstandards nach Euroeinführung dauert an.....3
- Slowakischer Eurostern.....3

WIRTSCHAFT

- Slowakei droht wegen globaler Krise keine Depression, Wachstum wird aber langsamer.....3
- Produktionsdynamik verlangsamt.....4
- Herstellerepreise steigen rascher als Verbraucherpreise.....4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (X. 2007 – IX. 2008)



Quelle: NBS

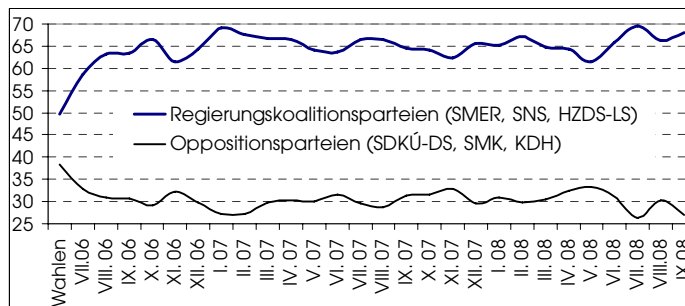
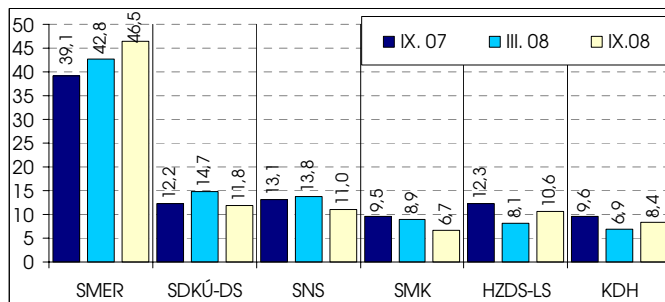
	2004	2005	2006	2007	2008*
BIP-Wachstumstempo (% real)	5,4	6,0	8,3	10,4	7,4
Inflation (CPI)	7,5	2,7	4,5	2,8	4,0
Arbeitslosenrate*** (%)	18,1	16,2	13,3	11,0	9,9
Rating (Moody's)	A3	A2	A1	A1	A1
SKK/USD	32,3	31,0	30,6	24,7	22,1
SKK/EUR	40	38,6	37,5	33,8	31,1

* Prognose von M.E.S.A.10;

*** nach Auswählerhebung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik, Diagramm M.E.S.A.10

Außer der Slowakei wurden angeblich von keinem Nachbarland Einwände gegen die Teilnahme von Abgeordneten am Forum erhoben.

Die slowakische Seite reagierte gereizt:

1) Das Außenministerium hat den Botschafter der Ungarischen Republik (vertreten durch den Chargé d'Affaires der ungarischen Botschaft in der SR) vorgeladen und stellte im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Ungarischen Abgeordnetenforums des Karpatenbeckens fest, dass dieses Organ als ständige integrale Institution des ungarischen Parlaments schwerwiegende Fragen in der Slowakei hervorrufe. Das Ministerium ist auch durch das Programm und Tätigkeit des Autonomierates des Karpatenbeckens beunruhigt. Den ultimativen Ton der Äußerungen des ungarischen Außenministeriums gegenüber der Slowakei bezeichnete das Ministerium für unannehmbar. Es bestritt jegliche Beschneidung von Rechten nationaler Minderheiten in der Slowakei und merkte an, dass bei der Bewertung von Projekten zur Inanspruchnahme von Ressourcen aus den EU-Fonds für Schulen nach keinerlei ethnischen Prinzipien vorgegangen werde. Es lehnte auch den Kommentar zur Zusammensetzung der slowakischen Regierungskoalition vonseiten der ungarischen Außenministerin mit Nachdruck ab. Das Ministerium drückte die Überzeugung aus, wonach sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern im Geiste der gemeinsamen Mitgliedschaft in der EU und NATO sowie gemäß des Grundvertrags und des von beiden Premiers genehmigten 14-Punkte Programms „Gemeinsame Vergangenheit, gemeinsame Zukunft im Spiegel gemeinsamer Projekte“ entwickeln werden. Die Ministerin Göncz äußerte Bedauern darüber, dass die Antwort Bratislavas auf ihr Gespräch mit dem slowakischen Botschafter die Vorladung des ungarischen Chargé d'Affaires war.

2) Premierminister Robert Fico, reagierte getreu seinem politischen Stil damit, dass die ungarische Regierung „Probleme hat und provoziert“. Die Worte der ungarischen Außenministerin, die sie dem slowakischen Botschafter gesagt haben sollte, interpretierte Robert Fico als Drohung von ungarischer Seite, wonach „Ihr sehen werdet, was für eine diplomatische Hölle wir Euch bereiten, wenn Ihr nicht folgt“. Die slowakische Regierung werde laut Premier Robert Fico keinerlei Ultimaten befolgen, die ihr von der ungarischen Regierung gesetzt werden. Robert Fico hält dies für den Teil eines langfristigen ungarischen Konzeptes über die Verbreiterung des Ungarntums in Mitteleuropa. An der Reihe sei der ungarische Premier Ferenc Gyurcsány, den er wieder wissen ließ, dass die Einladung zum offiziellen Besuch noch immer gelte (Bem.: Der ungarische Premier hat heuer schon einmal das Treffen plötzlich abgesagt.). Die Situation wurde erneut vom Vorsitzenden der SNS Ján Slota ver-

schlimmert, der in seiner Reaktion die ungarische Außenministerin beleidigte.

Nervosität wird anhalten

In den kommenden Wochen wird dieses Thema wohl weiter anklingen. Es wird erwartet, dass die Außenminister der Slowakei und Ungarns am 15. Oktober über die entstandene Lage in Brüssel beraten werden. Bisher ist nicht bekannt, wann ein offizielles Treffen der Regierungschefs stattfinden könnte. Die Beziehungen zwischen Bratislava und Budapest haben sich seit den letzten Parlamentswahlen in der Slowakei verschlechtert. Die ungarischen Politiker missbilligten vor allem die Beteiligung der SNS an der Regierung. Die Slowakei kritisierte wiederum die angebliche mangelnde Bereitschaft, ausreichende Rechte für die slowakische Volksgruppe in Ungarn zu sichern. Keiner der beiden Regierungen gelingt es, Äußerungen von Extremismus und Nationalismus zu unterdrücken. Besorgnis weckt der wahrscheinliche künftige Wahlerfolg der Partei Fidesz in Ungarn. Danach ist ein gegenseitiges Erstarken des Nationalismus auf beiden Seiten der Grenzen zu erwarten.

Würdelose Parlamentssitzung

Die Sitzung, auf welcher der Nationalrat über das Vertrauen für Justizminister Štefan Harabin (von der LS-HZDS nominiert) beriet, war von vulgären Ausdrücken und antisemitischen Anspielungen gekennzeichnet. Die Opposition initiierte eine Sitzung des Hohen Hauses, auf der sie dem Justizminister vor allem wegen seiner Kontakte mit dem angeblichen Anführer der albanischen Drogenmafia Baki Sadiki (der auch in der Slowakei wirtschaftlich aktiv ist) das Misstrauen aussprechen wollte. Die Regierungskoalition verhinderte jedoch eine Überraschung und Justizminister Štefan Harabin blieb im Amt.

Minister Harabin, der bereits früher mit dreisten Aussprüchen auf sich aufmerksam machte, attackierte den Oppositionsabgeordneten und seinen Hauptkritiker Daniel Lipšic und drohte ihm mit Gefängnis. Harabin leugnete seine Beziehung mit dem angeblichen Mafiaführer und griff Oppositionsmandatare an, die den Vorschlag für seine Amtenhebung unterzeichneten. Er konterte mit der Bezeichnung einiger oppositionellen Abgeordneten der Kontakte mit Leuten aus kriminellen Milieu.

Harabin wurde von Premier Robert Fico sowie Innenminister Robert Kaliňák verteidigt.

Daniel Lipšic legte Dokumente vor, die die besonderen Kontakte des Ministers mit Baki Sadiki bestätigten. Der Minister und sein Parteichef Vladimír Mečiar versuchten diese anzuzweifeln und sie für Fälschungen zu bezeichnen. Der Vorsitzende der Koalitionspartei LS-HZDS Vladimír Mečiar trug auf der Sitzung auch eine antisemitische Anspielung vor. Oppositionsabgeordnete zeigten sich darüber bestürzt und riefen den Vorsitzführenden der Sitzung auf, die Abgeordneten für antisemitische Anspielungen zu mahnen (dem wurde aber nicht entsprochen).

Die Kontakte von Sadiki und Harabin wurden auch von der Nationalen Sicherheitsbehörde untersucht, es wurde von ihr jedoch kein Sicherheitsrisiko bestätigt. Bei seinem Auftritt und der Verteidigung seines Ministers verwendete Premier Robert Fico auch dieses Argument.

Minister Harabin attackierte auf dieser Sitzung auch Generalstaatsanwalt Dobroslav Trnka. Die beiden hohen staatlichen Amtsinhaber, die für die Einhaltung der Gerechtigkeit zuständig sind, gerieten einander erneut in die Haare. Trnka sollte laut Justizminister die Unabhängigkeit von Politikern beweisen, die ihn ins Amt gewählt hatten (er wurde von der vorherigen Garnitur nominiert). Dies ist wohl ein Gegenschlag: Der Generalstaatsanwalt bestätigte nämlich die Echtheit des Dokumentes, die die Opposition bei der Kritik von Minister Harabin im Parlament verwendete.

Das bedeutendste Resultat dieser Affäre ist bislang ein Beleg für ein äußerst niedriges Niveau politischer Kultur der politischen Elite.

Ivan Lexa erneut als Gewinner

Ivan Lexa, der ehemalige Direktor des Slowakischen Informationsdienstes (Nachrichtendienstes) und umstrittener langjähriger Mitarbeiter Vladimír Mečiar, hat am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EUGH) einen Streit mit der Slowakischen Republik gewonnen. Das Gericht hat Lexas Beschwerden, die er im September 1999 im Zusammenhang mit seiner widerrechtlichen Haft stellte, anerkannt. Er war damals wegen der Anschuldigung im Falle der Verschleppung des Sohnes von Staatspräsident Michal Kováč ins Ausland inhaftiert.

Ivan Lexa begrüßt den Gerichtsbeschluss. „Aus dem Urteil geht hervor, dass meine Entscheidung, 1999 Widerstand gemäß Artikel 32 der Verfassung der SR in Form der Abreise in ein mehrjähriges Exil zu leisten legitim und zu dieser Zeit die einzige möglich Lösung im Hinblick darauf war, dass der Staat meine durch die Verfassung garantierten Menschenrechte verletzte“, gab Ivan Lexa nach seinem Sieg an. Er wies darauf hin, dass das Gericht feststellte, dass die staatlichen Organe damals im Widerspruch zu den europäischen Konventionen Artikel 5 Absatz 1 der Konvention verletzten, die das Recht auf persönliche Sicherheit und Freiheit garantiert.

Laut HZDS-Vorsitzendem Vladimír Mečiar sollte der Staat Lexa nicht nur den Schaden für die Haft, sondern auch für die Schädigung von Ruf und Ehre ersetzen. „Die Zeit, die seit den Ereignissen verging und der Schmerz, den dies alles mit sich brachte, können nicht mit Geld ersetzt werden,“ sagte Vladimír Mečiar Journalisten bezüglich der Gerichtsentscheidung.

Von der Slowakei verlangte Lexa Entschädigung für immateriellen Schaden, deren Höhe er der Entscheidung des Gerichtes

überließ. Dieses entschied, dass das Urteil zugunsten des Beschwerdeführers eine ausreichende Satisfaktion für den erlittenen Schaden sei.

Das Gericht erlangt Rechtsgültigkeit, sofern keine der beiden Seiten binnen drei Monaten in Berufung geht. Ansonsten kann der Streit in der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte fortgesetzt werden.

An dieses Gericht wendete sich der frühere Geheimdienstchef im September 1999 und beschwerte sich über die Verletzung seiner Menschenrechte. In der Beschwerde wendete er u.a. ein, dass der damalige Innenminister Ladislav Pittner und andere hochrangige Staatsbeamte ihn in den Massenmedien als Verbrecher bezeichneten, wodurch sie die Unschuldsvermutung verletzen. Ivan Lexa war einer Serie von Straftaten verdächtig, die wegen der sog. Mečiar-Amnestien nicht untersucht wurden (erteilt wurden sie 1998 von Vladimír Mečiar, als er für kurze Zeit als Premierminister den leer gewordenen Posten des Staatspräsidenten ausübte).

Mečiar's Amnestien und die erfolgreiche Gegenoffensive von Ivan Lexa während der jetzigen Regierungskoalition haben für jenen Teil der Gesellschaft, die Ivan Lexa als mitbeteiligten Wegbereiter einer problematischen Entwicklungsetappe der slowakischen Gesellschaft – des sog. „Mečiarismus“ in den 90er Jahren betrachtete, einen bitteren Beigeschmack.

Verschlechterte Note aus Demokratie

Die Qualität der Demokratie in der Slowakei erreichte im dritten Quartal 2008 eine Gesamtnote von 2,9 auf einer Skala von 1 bis 5. Das bedeutet, dass sie zum dritten Mal schlimmer geworden ist (vorher 2,8, bzw. 2,6). Dies geht aus den Ergebnissen der Untersuchung des IVO Barometer hervor, die vom Institut für öffentliche Fragen (IVO) vorgenommen wird. Der optimale Zustand der Demokratiequalität stellt laut Standard der in der EU und vom Europarat angewendeten Vergleichskriterien eine Note von 1,00 dar.

Von den vier benoteten Bereichen erreichten unabhängige Medien die schlechteste

Wertung (Note 3,25, ein Absinken um 0,25 Punkten gegenüber dem 2. Quartal), gefolgt von den demokratischen Institutionen und dem Rechtsstaat (3,00 – Verschlechterung um 0,25 Punkte). Auf gleichem Niveau wie im 2. Quartal 2008 landeten die Gesetzgebung (2,50) sowie Menschen- und Minderheitenrechte (2,75). Im dritten Quartal 2008 war die verstärkte Konfrontation zwischen Koalition und Opposition, die gesteigerte verbale Aggressivität von Politikern, einschließlich der höchsten Vertreter des Staates sowie eine offene Neigung der Regierungskoalition zu Methoden des Klientelismus waren die beachtlichsten Elemente der innenpolitischen Entwicklung im dritten Quartal 2008“, führte der IVO-Präsident Grigorij Mesežnikov an. Das Institut kritisierte auch die fortwährende Anwendung des Mehrheitsprinzips, welches das „moderne Verständnis der Demokratie zur Worthülse mache“. Im Bereich Gesetzgebung wies er auf die unbegründete Anwendung des verkürzten Legislativverfahrens hin.

Positiv bewertete IVO das verstärkte slowakische Engagement in Afghanistan. Ein Plus sei seiner Meinung nach auch die Haltung der SR zu Fragen der Vertiefung von Beziehungen in der EU oder der Standpunkt zur EU-Erweiterung. Gewürdigt wurden auch die laufende Unterstützung einer europäischen Ausrichtung der Ukraine und das Engagement am westlichen Balkan. Für fraglich hält es jedoch die Haltung der SR zur Unabhängigkeit Kosovos, dem Radar- und Raketenstützpunkt in Tschechien und Polen sowie den Standpunkt der SR zum russisch georgischen Konflikt (Kritik an Russland wird abgelehnt). Ein Problem sind seiner Meinung nach die Beziehungen zu Ungarn.

Besorgnis der Bürger über Rückgang des Lebensstandards nach Euroeinführung dauert an

Das Institut für öffentliche Meinungsforschung beim Statistischen Amt der SR nimmt systematische Umfragen über Meinungen der Bürger zur Euroeinführung vor. Etwa jeder zweite Angesprochene aus der repräsentativen Auswahlgruppe im Alter von 16 und mehr Jahren schätzte Ende August 2008, dass die Einführung des Euro keinen Einfluss auf seinen Haushalt haben werde, wobei sich der Anteil der Befragten mit dieser Antwort im Steigen befindet. 42% der Befragten fürchten eine Verschlechterung des Lebensstan-

dards im Haushalt, eine Verbesserung erwarten nur 7% der Befragten, wobei der Anteil dieser Antwortvariante innerhalb der gesamten Meinungsstruktur stabil ist. Der größte Anstieg von Befürchtungen in der letzten Umfrage hing nicht mit dem Lebensstandard, sondern mit dem Problem des Gewöhnens an das neue Aussehen der Banknoten und Münzen sowie deren Unterscheidung zusammen. Etwas weniger Besorgnis äußerten die Bürger jedoch im Hinblick auf die Inflation. Die gesamte subjektiv vernommene Inflationsspannung bei den am häufigsten eingekauften Waren und Leistungen erreichte einen günstigeren Wert im Vergleich mit der vorigen Untersuchung (im Juli).

Slowakischer Eurostern

Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet überreichte am 21. September in Bratislava dem Gouverneur der Nationalbank der Slowakei (NBS) Ivan Šramko feierlich den sechzehnten Eurostern – ein Symbol des neuen Mitglieds des Eurosystems und Symbol eines wichtigen historischen Meilensteins – des Beitritts der Slowakei zur Eurozone. Aus diesem Anlass betonte Jean-Claude Trichet, es wäre ein historischer Moment für die Slowakei, die am 1. Januar 2009 – genau zehn Jahre nach der Einführung des Euro am Geldmarkt – zum sechzehnten Land der Eurozone wird. Die Slowakei ist das vierte Land, das der Eurozone nach der Euroeinführung 2002 beitrifft (vor der Slowakei waren es Slowenien, Malta und Zypern).

Die EZB unterstützt die jetzige Eurokampagne in der Slowakei durch Information von Bürgern über die visuelle Gestalt des Euro und den Verlauf des Geldumtausches. Im Rahmen der gemeinsamen Eurokampagne fand eine ganze Reihe von Seminaren und Schulungen für Bankangestellte und Kassenpersonal statt und die EZB veröffentlichte über sieben Millionen Exemplare diverser Publikationen. Im Dezember werden über zwei Millionen Informationsflugblätter und vier Millionen Konversionskarten mit in Euro umgerechneten Preisen sowie den wichtigsten Schutzelementen der Banknoten in slowakische Haushalte versendet.

WIRTSCHAFT

Slowakei droht wegen globaler Krise keine Depression, Wachstum wird aber langsamer

Wichtige Unternehmen in der SR sind weitgehend auf Export orientiert. Bei der kleinen Größe des Binnenmarktes ist dies logisch. Von den ausländischen Märkten kommen jedoch infolge der Finanzkrise negative Nachrichten. In den Ländern der Eurozone kam es im zwei-

ten Quartal erstmals seit 1995 zu einem Rückgang des realen BIP zwischen den Quartalen. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich im zweiten Quartal gegenüber dem ersten um 0,2% verringert. Zwischenjährig wuchs aber die Eurozone noch mit einem Tempo von 1,4%, der Rückgang von Quartal zu Quartal kann aber eine nahende Rezession signalisieren.

Die slowakische Wirtschaft florierte noch zur gleichen Zeit, die Gefahr aus der externen Umgebung ist aber unübersehbar. Die Probleme der Automobilwerke, welche

eine Stütze der slowakischen Wirtschaft bilden, sind im Ausland bereits sichtbar. Der Verband der europäischen Automobilhersteller kündigte an, dass der Verkauf bei ihren Mitgliedern im August um 15% zurückgegangen sei. Die in der Slowakei tätigen Automobilwerke haben bisher größere Probleme geleugnet, Schwierigkeiten werden lediglich im Konzern PSA Peugeot Citroen zugegeben. „Eine geringere Nachfrage am Markt ist Tatsache, wir spüren ihn auch im PSA Konzern,“ sagte der Sprecher des PSA Werkes in Trnava. Seiner Meinung nach

ist jener, „der heute in der Branche behauptet, dass ihn die gesunkene Nachfrage nicht betreffe, führt entweder andere hinters Licht oder es fehle ihm jeglicher Kontakt zur Realität“. Peugeot in Trnava verlässt sich auf darauf, dass er kleinere Autos mit geringem Verbrauch produziert und dass die Nachfrage hier nicht wesentlich zurückgehen sollte. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Marián Jusko sagte, es „wäre ein extremes Wunder für die Slowakei als Exportland, wenn uns die Krise nicht heimsuchen würde“.

Die Slowakei wird wohl in keine Rezession schlittern (ein Rückgang des realen BIP ist sehr unwahrscheinlich), mit einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ist aber zu rechnen. Der Umfang dieser Verlangsamung ist jedoch schwer einzuschätzen. Mit einer gewissen Verlangsamung des Wachstums wurde nämlich auch vor der aktuellen Vertiefung der globalen Finanzkrise gerechnet. Daher korrigieren wir unsere Prognosen nur ganz wenig gegenüber der Vergangenheit, für weitere Korrekturen kommt noch später Zeit (Tabelle auf Seite 1).

Produktionsdynamik verlangsamt

Das Tempo des zwischenjährigen Produktionswachstums in der Industrie, dem Einzelhandel und Bauwesen sinkt. Es geht um keine dramatische Wende, eher einen allmählichen Rückgang (Diagramm 1). Die Verlangsamung des Produktionswachstums erfolgt ab dem Ende des zweiten Quartals und geht in das Dritte über. Dies wird sich wohl auch im verlangsamt BIP-Wachstumstempo im dritten Quartal niederschlagen (zur Überprüfung dieser Erwartung muss aber noch einige Wochen gewartet werden). Diese Entwicklung war jedoch zu erwarten. Die Produktionsdynamik konnte solch extrem hohe Werte wie die seit dem dritten Quartal 2006 bis zum zweiten Quartal 2008 nicht halten. Die besonderen Einflüsse (Auswirkung einiger großer, 2005 und 2006 kumulierter Investitionen in der Industrie) verflüchtigen sich, möglich ist auch das Nachlassen ausländischer Nachfrage (als mittelbare Folge der globalen Finanzkrise). Die Produktionsdynamik wird sich daher wohl auf weniger „himmelshohen“, aber noch immer günstigen Werten stabilisieren.

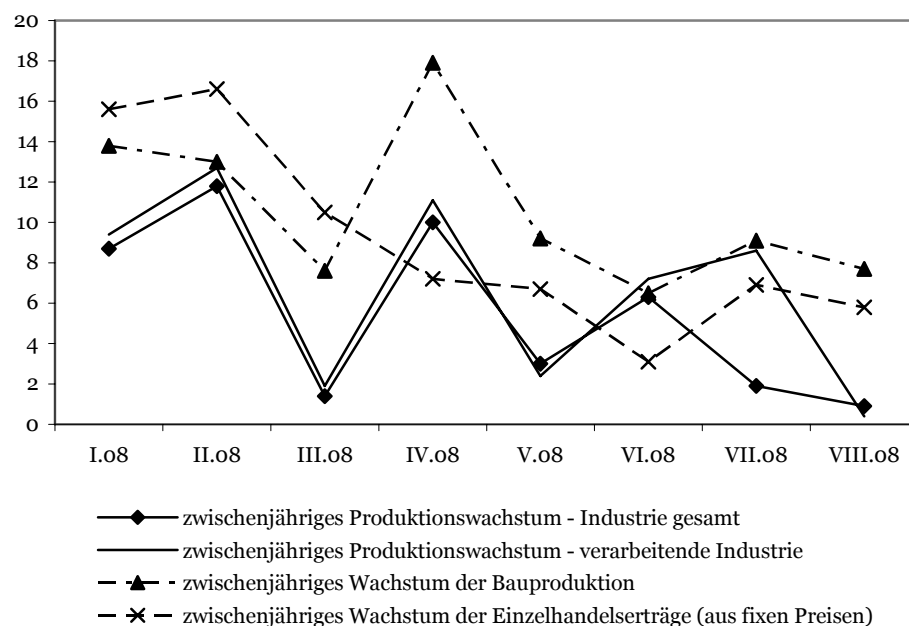
Herstellerpreise steigen rascher als Verbraucherpreise

Die mit dem harmonisierten Index gemessenen Verbraucherpreise stiegen im August 2008 auf zwischenjähriger

Basis um 4,4% (gleicher Wert wie im Juli). Die durchschnittliche zwischenjährige Inflationsrate erreichte für 12 Monate von September 2007 bis Oktober 2008 3,3%. Durchschnittlich betrug die Inflation seit Jahresbeginn 3,9%. Die Inflationsrate blieb im August nach längerer Zeit auf einem etwas niedrigeren Wert, als von der NBS erwartet. Nach einem stetigen Anstieg der Inflationsrate ab Januar bis Juli bedeuten die Augustwerte eine „brüchige Stabilisierung“ des Preisspiegels. Im Produktionsbereich wuchsen die Preise schneller als die Verbraucherpreise. Innerhalb von acht Monaten stiegen die

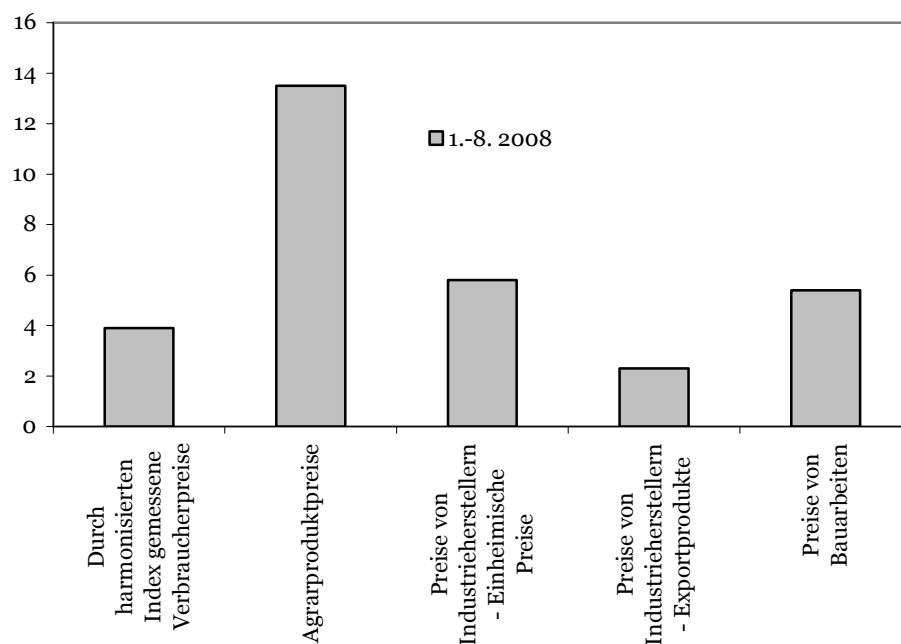
Preise von Agrarprodukten am schnellsten (bis um 13,5%). Die Preise von Industrieproduzenten bei Produkten für den heimischen Markt wuchsen um 5,8%, während die Preise der exportierten Produktion nur um 2,3% zunahmen. Diese Entwicklung ist jedoch eine logische Folge der Aufwertung heimischer Währung. Die Preise von Bauarbeiten wuchsen im gleichen Zeitraum durchschnittlich um 5,4%, mit einer sich beschleunigenden Wachstumstendenz in den letzten Monaten.

Diagramm 1: Zwischenjährige Produktionsänderungen in %.



Quelle: Statistisches Amt der SR

Diagramm 2: Zwischenjährige Preisänderungen in %



Quelle: Statistisches Amt der SR